



**CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Springe**



**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Springe**

Straßenbaufinanzierung in Springe Stellungnahme zu den Aussagen der Bürgerinitiativen

- Die Gespräche zwischen den Bürgerinitiativen und den Ratsfraktionen der CDU und SPD wurden einseitig von den Bürgerinitiativen abgebrochen. Die CDU- und SPD-Fraktionen waren weiter zu einem konstruktiven und ergebnisoffenen Dialog bereit.
- Die erste Gesprächsrunde zwischen den Bürgerinitiativen und Fraktionen haben allen Beteiligten gezeigt, dass alle das Ziel verfolgen, die finanziellen Belastungen aus dem Straßenausbau gleichmäßig und gerecht auf die Einwohner zu verteilen.
- Die Bürgerinitiativen wollen den Straßenausbau zukünftig vollständig über Kredite finanzieren. Unter Berücksichtigung von Zinsen, Tilgung und der zu zahlenden Regionsumlage auf die steigende Grundsteuer ist dieses Modell das Teuerste für die Springer Bürger, was bisher diskutiert wurde. Nicht nur, dass wir damit langfristig die höchsten Grundsteuern in Niedersachsen haben werden, zusätzlich hat die Stadt Springe nach 10 Jahren knapp 20 Mio. € mehr Schulden.
- Es ist die gemeinsame Überzeugung der CDU- und SPD-Fraktion, dass wir die finanzielle Verantwortung nicht auf die Zukunft, auf andere Generationen verschieben dürfen. Die finanzielle Verantwortung für die aktuellen Entscheidungen müssen wir heute tragen, um zukünftigen Generationen eigene Entscheidungsspielräume zu ermöglichen. Die Schulden von heute, sind die Steuern von morgen.

Die wiederkehrenden Beiträge haben aus unserer Sicht den Vorteil, dass

- nur die Investitionen auf die Grundstückseigentümer umgelegt werden, die auch tatsächlich anfallen. Die Beiträge verschwinden nicht im Haushalt und dürfen nur für den Straßenbau verwendet werden. Transparenter geht es nicht.
- Diejenigen Grundstückseigentümer, die in den vergangenen Jahren bereits einmalige Straßenausbaubeiträge zahlen mussten, können zunächst von den wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen ausgenommen werden. Eine Doppelbelastung tritt so nicht auf. Keine andere Finanzierungsart gibt diese Möglichkeit.
- Die Bürger zahlen für die Investitionen, die in ihrem Ort anfallen. Es besteht ein direkter Bezug zu den Straßen, die sie nutzen. Der jeweilige Ortsrat lenkt den Straßenbau vor Ort und bestimmt maßgeblich damit auch die Höhe der wiederkehrenden Beiträge. Findet in dem Ort kein Straßenbau statt, so gibt es auch keine Beiträge.
- Ja, wiederkehrende Beiträge verursachen hohe Verwaltungsaufwendungen.
- Eine alternative Finanzierung über Kredite und höhere Grundsteuern verursachen Kreditzinsen und höhere Regionsumlagen, die höher liegen werden, als die Verwaltungs-



**CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Springe**



**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Springe**

aufwendungen für wiederkehrende Beiträge. Wir beschäftigen lieber eigenes Personal, als das Geld an die Region und Banken zu überweisen.

- Und ja, die wiederkehrenden Beiträge sind in Bennisen außerordentlich hoch. Dies liegt an Fehlern in der Vergangenheit. Es muss etwas gemacht werden, die Lösung liegt aber nicht im Abgabenrecht. Wir arbeiten daran.
- Ob die Finanzierung über wiederkehrende Beiträge oder Grundsteuer erfolgt, abgabepflichtig sind immer die Grundstückseigentümer. Eine andere Möglichkeit eröffnet uns die Finanzverfassung nicht. Wir streiten uns darüber, wer wann herangezogen wird. Langfristig zahlen die Grundstückseigentümer bei beiden Finanzierungsformen vergleichbar hohe Abgaben.

gez.
Groseck

gez.
Reinhardt